

Vor wichtigen Entscheidungen

auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet, vor neuen schweren Kämpfen steht die gesamte deutsche Arbeiterklasse. Auf der ganzen Linie stehen die kapitalistischen Ausbeuter in geschlossener Front gegen die Arbeiter. Die sich von Tag zu Tag steigende Verelendung der werktätigen Bevölkerung durch verstärkte Ausbeutung und Ausplünderung mit Massenentlassungen und Zölle, durch Lohnkürzung und Verlängerung der Arbeitszeit soll durch den neuen Schwindel vom Preisabbau vor den Arbeitern verschleiert werden. Die gesamte bürgerliche Presse bereitet den Gesamtangriff auf die breiten Schichten der Werktätigen vor, hinter dem die Kapitalisten zu einem neuen schmerzhaften Schlag gegen die Arbeiter ausholen. Neue illusionäre Hoffnungen sollen bei den Arbeitern geweckt werden. Ein neuer Betrug wird vorbereitet. Dabei besorgt die bürgerliche Presse offen die Geschäfte der Feindin der Arbeiterklasse. Kein Klassenbewußter Arbeiter darf sich zu diesem

Berrat an den eigenen Lebensinteressen

hergeben. Ein bürgerliches Blatt in der Wohnung der Arbeiter bedeutet nichts anderes als die direkte Unterstützung des Gegners, bedeutet — sich selbst die Schlinge um den Hals zu legen. — Das kann kein Arbeiter wollen. Wie schützt sich der Arbeiter vor den drohenden Gefahren? Was kann er tun? Die Zeitung, die angibt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, hat seit Jahren bewiesen, daß sie die Arbeiter hinter das Licht führt und hat mit ihrem Kampf gegen den Klassenbewußten Teil des Proletariats praktisch die Geschäfte des Bürgertums und der Reaktion besorgt. Die sozialdemokratische „Dresdner Volkszeitung“ ist es, die die Arbeiter durch die Arbeitsgemeinschaft an das Unternehmertum fesselt und damit die einzige Klassenfront der Arbeiter verhindert. Die „Dresdner Volkszeitung“ ist keine Waffe für die Arbeiter im Kampf um die besten Lebensbedingungen.

Nützlich für die bevorstehenden Auseinandersetzungen — wirtschaftliche und politische Orientierung, die für jeden Arbeiter dringend notwendig ist, kann der bewußte Arbeiter nur in dem Organ des revolutionären Proletariats, in der „Arbeiterstimme“, finden. Deshalb ist für alle diejenigen der

1. Oktober ein Tag der Entscheidung

die nicht gewillt sind, die Kapitalisten und ihre Agenten zu unterstützen, und damit die Kämpfe der Arbeiter zu erschweren und neuen Betrug zu ermöglichen.

Am 1. Oktober heißt es für jeden Klassenbewußten Arbeiter: Heraus mit dem Geist der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse, in das Arbeiterhaus gehört nur die

„Arbeiterstimme“

Streik im Berliner Expeditionsgerwerbe

Berlin, 28. Sept. Die Morgenblätter melden: Nachdem auch die getriggerten Lohnverhandlungen zu einer Einigung nicht geführt hatten, hat nach gestern Abend eine Vollversammlung der Expeditionsarbeiter den Streik beschlossen, der heute früh in Wirksamkeit treten soll. Notstandsarbeiten sollen ausgeführt werden.

Streik der Heizungsmonteure in Hannover

Hannover, 28. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Heute haben die Heizungsmonteure in Hannover die Arbeit niedergelegt, weil ihre Forderung, den Stundenlohn von 1 Mark auf 1,30 Mark zu erhöhen, von den Unternehmern mit einem Angebot von 1 Pf. Erhöhung pro Stunde beantwortet wurde.

Neue Stilllegung im Ruhrgebiet

Hamborn, 29. Sept. (Telunion.) Auf der August-Idyllen-Hütte wird in den nächsten Tagen die Silica-Steinfabrik, eine derjenigen Betriebe, die bisher fast ohne Betriebsstörungen gearbeitet hat, stillgelegt.

Eisenbahnerstreik in Danzig

Danzig, 28. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Da die Lohnverhandlungen zwischen der Eisenbahnverwaltung und den Arbeitern der Danziger Eisenbahnervereinigungen ergebnislos verlaufen sind, haben die Arbeiter in den Werkstätten die Arbeit niedergelegt.

Die Furcht vor der Wahrheit

Wien, 28. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Der von der Krupp-Belegschaft entlassene sozialdemokratische Flugblattbesetzer Overhagen sollte gestern in einer öffentlichen Verammlung im Rathaus sprechen. Tausende waren nach dem Verammlungsort gekommen. Unter großer Empörung mußten sie jedoch feststellen, daß Overhagen an der Grenze von der österreichischen Polizei aufgehalten und ihm die Einreise verhindert worden war.

Parteitag der KPD

Bras, 28. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Am Sonnabend wurde der 3. Parteitag der KPD eröffnet. Genosse Hagen eröffnete den Parteitag und wies auf die Wichtigkeit dieses Parteitages hin, der die Ergänzung des 2. Parteitages ist. Auf dem 2. Parteitag wurde die politische Linie der Partei festgelegt. Jeder Genosse muß sie anerkennen und festhalten. Genosse Hagen wies auf den Faschismus und den weißen Terror hin, der in der Tschechoslowakei im Gange ist. Die KPD ist einheitlich und diszipliniert geworden, was auch dieser Parteitag ausdrückt wird. Genosse Hagen gedachte der Opfer der Klassenkämpfe und des weißen Terrors, und begeistert erhoben sich die Anwesenden des Kongresses und stimmten in die „Internationale“ ein. Die Krise der Partei ist überwunden. Trotz der größten Verfolgungen wird der Parteitag, Einheitsfront und Festigung bringen. Nach dieser Eröffnungsgrede fand die

Wahl des Präsidiums statt, in das die Genossen Neuwirth, Jenz und andere gewählt wurden. Nachdem hielt Genosse Hagen das Referat über die politische Situation.

694

Katoffs Martyrium

Sabagel, 28. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Die Zeitungen lassen durchblicken, daß Katoff sich während der letzten Tage in einem bedenklichen Zustand befindet. Er habe ein vollständiges Gedächtnis abgelegt. (?) Wahr ist, daß Katoff jede Anklage verweigert hat. Er beanhat sich sehr frohig und erklärte, Neuherungen über die kommunistischen Fragen und über die heutige Gesellschaftsordnung könne man von ihm haben, soviel man wolle, jedoch über bestimmte Fragen verweigere er jede Auskunft. Er sei sich seines Schicksals klar bewußt und lege allem vollständig ruhig entgegen.

Der Aufruf des englisch-russischen Einheitskomitees

Der Aufruf des englisch-russischen Einheitskomitees, der in London von Tomlinson und Bramley erlassen wurde, ist bereits in der Presse im Auszug verbreitet worden. Bei der Wichtigkeit des Dokumentes geben wir im folgenden die Hauptstellen wörtlich:

Alle Tatsachen und Gründe, die im letzten April die internationale Gewerkschaftseinheit zu einer gebieterischen Notwendigkeit machten, bestehen weiter und nehmen an Wichtigkeit zu. Die wirtschaftliche Lage, die durch den Dovesplan in den meisten Ländern verschlechtert wurde, ist seit Beginn dieses Jahres noch ernstlicher geworden. Die Arbeitslosigkeit nimmt im Weltmaßstab ständig zu. Die Angriffe des Unternehmertums auf die Arbeitszeit und Löhne der Arbeiter werden immer schärfer und bestimmter. Parallel mit dem Anwachsen der wirtschaftlichen Reaktion wird auch die politische Lage immer mehr von reaktionären und den Arbeiterinteressen feindlichen Tendenzen beherrscht. In den einzelnen Teilen Europas nehmen die reaktionären Kapitalistengruppen immer mehr an Macht zu und beeinflussen immer mehr die Politik der Staaten. Die Kriegsgelohr rückt immer näher.

Die englisch-russische Konferenz hat im letzten April die Lage in folgenden Worten zusammengefaßt:

„Es sieht bereits so aus, als ob ein neuer Krieg, noch schrecklicher, noch ungeheuerlicher als der letzte, vorbereitet wird.“

Diese Worte haben immer noch vollkommene Geltung. In Marokko, in Spanien und China donnern bereits die Kanonen und zeigen die Berechtigung dieser Besorgnisse. Man führt Krieg gegen die Rifstämme in Marokko und gegen die Araber in Spanien; zur selben Zeit werden die chinesischen Arbeiter und Bauern, die sich gegen Ausbeutung und Gewalttätigkeit auflehnen, mit bewaffneter Macht niedergehalten. Dies zeigt allen Arbeitern der Welt, wie unaufhörlich die Friedensbestrebungen der kapitalistischen Staatsmänner sind.

Der Garantiepakt legt Deutschland die Pflicht auf, militärische und wirtschaftliche Sanktionen gegen solche Staaten anzuwenden, die sich dem Völkerbund nicht fügen wollen. Der Zweck ist dabei, Deutschland in ein militärisches Bündnis gegen Sowjet-Rußland hineinzuziehen. So soll Deutschland eine ständige Bedrohung für Sowjet-Rußland werden, und es soll die strategische Basis für ein kommenden Angriff gegen die Sowjet-Republiken werden.

Die Aufrichtung einer die ganze Welt umlaufenden Gewerkschaftsinternationale ist deshalb nötiger geworden denn je. Die aktive Sympathie, die durch die Schöpfung des vereinigten englisch-russischen Gewerkschaftsrats unter den Arbeitern aller Länder geweckt wurde, ist ein unabweisbarer Beweis der Richtigkeit der Linie, die von der englisch-russischen Konferenz festgelegt wurde, von der Richtigkeit der praktischen Vorläufe, die auf dieser Konferenz gemacht wurden. Die Suche der Gewerkschaftsinternationale im nationalen und internationalen Maßstab wird unbedingt sich erfolgreich durchführen. Der gemeinsame Gewerkschaftsrat, der ins Leben trat durch den leidenschaftlichen Willen zur Einheit von über 11 Millionen englischer und russischer Arbeiter, appelliert an die Arbeiter aller Länder, an ihre Organisationen und Führer, ihre Kräfte mit denen der englischen und russischen Gewerkschaften zu vereinen, um alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die der Einigung der Arbeiterklasse entgegenstehen, und um eine einheitliche, die ganze Welt umspannende Gewerkschaftsvereinigung zustande zu bringen.

Die Streiklage in Shanghai

New York, 28. Sept. (Telunion.) In Shanghai sind die chinesischen Telegraphenbeamten in den Streik getreten, da ihnen die geforderte Lohnzulage nicht bewilligt worden ist. Mit den streikenden Arbeitern der britischen Baumwollspinnereien in Shanghai ist ein Kompromiß geschlossen worden, so daß alle Betriebe wieder in Gang gebracht werden konnten.

Die kommunistische Gefahr in Indien

London, 28. Sept. (Telunion.) Wie aus Simla gemeldet wird, machte der indische Innenminister G. C. S. heute im indischen Parlament während der Aussprache über den Antrag auf Freilassung der politischen Gefangenen interessante Angaben über den Umfang der kommunistischen Propaganda in Indien. Er erklärte, daß die Regierung schriftliche Beweise in den Händen habe, daß die kommunistische Propaganda in Indien über China geleitet und hauptsächlich durch chinesische Kommunisten betrieben werde. Aus China seien während der letzten Monate große Mengen von Flugblättern und Broschüren eingeführt worden. Ferner teilte G. C. S. mit, daß die deutsche Regierung die indische Regierung gebeten habe, die von indischen Kommunisten ausgehenden Angriffe auf die deutsche Regierung zu unterbinden.

Keine französische Offensive in Marokko

Paris, 28. Sept. (Telunion.) Die Gerüchte, nach denen die französischen Truppen in Marokko zu einer neuen großen Offensive übergegangen sind, sind verfrüht. Die Lage ist unbedenklich. Sigmarskoff ist von schweren Gemitterstürmen heimgelassen worden. Die telegraphischen Verbindungen mit Algier sind gestört.

Ein notwendiges Mittel zu einer unerschütterlichen Feststellung ist unbedingt auch die Bezahlung durch einen Hauptstrahl zuweisen dem Unterricht während der Ferien. Aber nicht nur der Schulunterricht muß während des Unterrichtes stehen unter der Kontrolle der Kirche. Nein, die gesamte Tätigkeit, auch die außerschulische des Lehrers unterliegt der Kontrolle des Klerus. Unschicklich heißt es in der Begründung zu diesem Paragraphen: „Wenn sich die Tätigkeit des Lehrers mit den Aufgaben der Volksschule nicht verträgt, und andere Maßnahmen eine Abhilfe nicht gewährleisten oder unmöglich geblieben sind, ist es nicht mehr angelegentlich, einen solchen Lehrer weiter unterrichtlich an der Schule zu beschäftigen.“

Damit wird den freidienlich gesinnten Lehrern, die unzulänglich ausgebildet sind, die Existenzmöglichkeit geraubt. Das verfassungsmäßig „verbriefte“ Recht als Staatsbürger wird nicht festgesetzt. Für uns Kommunisten sind das gewiß keine Kleinigkeiten. Denn wir wissen, daß Verfassungsfragen Klagenfragen sind, daß sie außer Kraft gesetzt werden, wenn man sie hart genug dazu föhrt.

Der Gesetzentwurf ist jedoch klar bis zu Ende durchgeführt. Wenn nicht genügend Lehrkräfte vorhanden sind, die den Unterricht im Sinne der Kirche erteilen, dann können die Seelsorger den Religionsunterricht erteilen. Das ist klar und deutlich: Der Unterricht soll unter Aufsicht der Kirche kommen. Der Religionsunterricht soll aber möglichst in die Hand des Seelsorgers selbst gelegt werden.

Wird dieser Gesetzentwurf durch, dann ist die schwarze Fahne über der deutschen Volksschule hochgezogen! Doch der Appell kommt beim Essen. Die Konfessionalisierung der Volksschule stellt nur den Anfang dar. Die höhere soll folgen. Forderung nach der Sitzung des Hauptauschusses des Preussischen Landtages vom 31. August 1925 der Zentralausschusses V. a. u. s. e. r., daß auch das höhere Schulwesen konfessionell einseitig einrichtet werden muß. „Für katholische Schüler katholische Schulen.“ Das ist heute die Schulforderung des Zentrums geworden, an dessen Spitze der sozialdemokratische Präsidentschaftskandidat Marx steht.

Das Zentrum als Schrittmacher seines schwarzen Kreuzes von der evangelischen Fakultät geht heute auf der ganzen Linie mit Angriff über, um die Erziehung der heranwachsenden Jugend in die Hand der Kirche zu bringen. Dieser Reichsschulgesetzentwurf aus dem Jahre 1925 geht weit über den berühmtesten Jesuitenschulgesetzentwurf vom Jahre 1802 hinaus. Er kann nicht durch Abänderung einzelner Paragraphen geändert werden. Er muß in seiner Gesamtheit verschwinden. Um dies aber zu erreichen, dazu ist es notwendig, daß die breiten Massen sich gegen die Verkürzung der Schulen erheben.

Die Lehrerpresse hat sich dadurch ein Verdienst erworben, daß sie diesen Entwurf an das Licht der Öffentlichkeit zog. Jetzt gilt es, ihn zu verhindern. Man plant eine Heberumpelung. Da das erste Manöver mißlungen ist, drängt man jetzt, wie der „Kantische Kurier“ vom 6. September schreibt, zur baldigen Reichstagsberatung, da lange Verschiebung wenig nützlich sei, und sonst die Gefahr besteht, daß man sich auch auseinanderreißt. Das sind die Methoden, die man auch in Bayern anwandte, um das Konkordat zu verabschieden, ehe die Öffentlichkeit zur Meinung kam, ehe die werktätige Arbeiterklasse die Gegenwehr ansetzte. Die bayerischen Spuren ähneln! Die politischen Freidenkerorganisationen, die Lehrervereinigungen, die Arbeitervereinigungen, alle müssen mobil gemacht werden, um den Angriff der Kirche auf unsere Schule abzuwehren, um die Kirche dorthin zu weisen, wohin sie gehört — in die Kirche.

Mit denselben Methoden, mit denen man die Steuer- und Zollgelehrte erzwang, will man auch jetzt die Bezahlung für die Unterweisung durch das Zentrum, die Auslieferung der Schulen an die Kirche, eintreiben.

Die Barmatpleite

Berlin, 28. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Eine Berliner Zeitung berichtet: In einer geheimen Sitzung des Barmat-Ausschusses des Preussischen Landtages machte nach einer Nachricht, einer als unzuverlässig bekannten Wirtschaftskorrespondent, Angaben über die Staatsschulden der Barmat-Gruppe. Die Höhe der Schulden, die Barmat und Kautzler bei der Staatsbank zu Buche stehen haben, betrug beläuft sich die Schuldensumme Kautzlers im Augenblick auf 12 675 000 Mk., während Barmat noch 10 750 000 Mk. Schulden hat. Besonders interessant in diesem Zusammenhang ist, daß in der Bilanz der Staatsbank für 1924 diese Forderungen größtenteils noch als Fiktionen aufgeführt worden sind.

Der deutsche 100-Millionen-Kredit für Rußland

Die „Welt am Abend“ brachte am 24. September die Nachricht, daß die Sowjetregierung von deutscher Seite einen Kredit in Höhe von 100 Millionen Mark zum Ankauf von landwirtschaftlichen Maschinen erhalten habe. Die „Welt am Abend“ schrieb dann weiter: „Mit Hilfe dieser Maschinen wird die Sowjetregierung die Ablieferung des Getreides bei den Gegnern bewerkstelligen. Aus den Getreideerzeugnissen, vor allem aus dem abgeflossenen Roggen, werden dann die deutschen Kredite abgedeckt werden.“

Die Tatsache des 100-Millionen-Kredites stimmt. Aber das Versteckspiel ist ein Gegenkommen Sowjetrußlands an Deutschland dar, als umgekehrt. Denn Sowjetrußland faßt Deutschland Waren im Werte von 100 Millionen und bezahlt innerhalb von 3 Monaten. Es zeigt sich dabei der Wille der Sowjetregierung, bei den umfangreichen Käufen, die zur Zeit erforderlich sind, auch die deutsche Industrie zu berücksichtigen.

Die Bergarbeiter gegen die geplante Verringerung des Reichsnappschaffengesetzes

Bonn, 28. September. (Eigener Drahtbericht.) Im ganzen Ruhrgebiet fanden im Laufe der letzten Tage insgesamt 60 Versammlungen einzelner Anknappschaffensorgane statt, die zu der Entscheidung einigten, die geplante Verringerung des Reichsnappschaffengesetzes zu ungunsten der Bergarbeiter Stellung zu nehmen. In allen Versammlungen wurde scharf gegen diese geänderten Maßnahmen protestiert und es wurden Resolutionen in dem Sinne einstimmig angenommen.

Genosse erfülle deine Pflicht! Wirb neue Abonnenten!